

Bayern



Protest bei Bosch Bamberg mit 1000 Beschäftigten in schwarzen Westen: So viele Stellen will der Konzern allein an diesem Standort abbauen.

Verspielt unsere Zukunft nicht!

INDUSTRIEARBEITSPLÄTZE IG Metall und Beschäftigte sorgen sich um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bayern. Stellenabbau, Verlagerungen ins Ausland, Schließungen – es droht ein massiver Verlust von Arbeitsplätzen in der Industrie, wenn Arbeitgeber und Politik nicht endlich handeln. Bayerns Bosch-Beschäftigte schlagen Alarm – bei einem Aktionstag protestierten sie gegen die Abbaupläne ihres Unternehmens. Und auch in der Region Schweinfurt ruft die IG Metall zu einem umfassenden Protest auf.

Es sei ein »Sterben auf Raten am Standort Deutschland«, sagt Mario Gutmann, Betriebsratsvorsitzender bei Bosch Bamberg. Er meint damit nicht nur den geplanten Abbau in seinem Betrieb: Ganze 1000 Stellen sollen bis Ende 2026 bei Bosch Bamberg wegfallen. Bamberg sei exemplarisch für die Automobilindustrie in ganz Deutschland und »die bestehende Industrielfucht«, so Gutmann, der betont: »Ohne gut bezahlte Industriearbeitsplätze ist unser Wohlstand – und

damit verbunden unser Sozialstaat – in Gefahr!«

Bosch will Tausende Stellen abbauen

Im Bereich Bosch Mobility Solutions hat das Unternehmen in den vergangenen vier Jahren bereits 4000 Stellen abgebaut. Nun sollen nach Plänen des Managements weitere 3000 Stellen allein in diesem Bereich folgen. In anderen Geschäftsbereichen sollen zusätzlich 2500 gestrichen werden. 25 000 Beschäftigte protestierten deshalb Ende März

deutschlandweit für ihre Zukunft – Tausende auch an den Standorten in Bamberg, Ansbach und Blaichach, die von Stellenstreichungen betroffen sind. Bei Bosch Nürnberg gab es eine Solidaritätsaktion.

Auch Horst Ott, Bezirksleiter der IG Metall Bayern, ist alarmiert: »Trotz steigender Gewinne will Bosch weitere Arbeitsplätze abbauen. Zukunftsprodukte will das Unternehmen stattdessen vermehrt im Ausland entwickeln und produzieren lassen.« Er fordert Bosch



auf, durch Ansiedelung neuer Produkte an den bayerischen und deutschen Standorten die Beschäftigung vor Ort zu sichern und auszubauen.

Jede Menge Hiobsbotschaften

Aber nicht nur bei Bosch – Hiobsbotschaften für Beschäftigte gerade in der Zulieferindustrie gab es in den zurückliegenden Wochen und Monaten immer wieder. Nur zwei Beispiele: Bei Continental sollen weltweit 7150 Jobs wegfallen. Bei ZF ist von 12 000 Arbeitsplätzen, die bis 2030 in Deutschland gestrichen werden sollen, die Rede. Viele Unternehmen nutzen die Transformation als Vorwand, um Produktion und Arbeitsplätze in Billiglohnländer zu verlagern. »Wenn ZF plant, die neuen Produkte für die E-Mobilität überwiegend im kostengünstigeren Ausland anzusiedeln, werden wir das nicht akzeptieren«, sagt Ott.

In Bayern arbeiten in zwölf ZF-Betrieben 20 000 Beschäftigte. Die Hälfte davon am größten Standort Schweinfurt. Hier könnte es zu einem Abbau von mehr als 2000 Arbeitsplätzen kommen. Bis zu 280 Stellen sollen bei Bosch Rexroth bis spätestens 2028 am Standort Schweinfurt und dem Werksteil in Volkach wegfallen. Auch bei Schaeffler in

Schweinfurt und Valeo in Bad Neustadt an der Saale stehen Arbeitsplätze auf der Kippe. Was in Schweinfurt bereits beginnt, deutet sich auch in anderen bayerischen Industrieregionen an. »Schweinfurt und Umgebung brauchen jetzt eine Offensive. Dieses Land braucht jetzt eine Offensive«, sagt Thomas Höhn, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt.

Aktionstag »SOS Kugellagerstadt«

Die IG Metall Schweinfurt hat deshalb »SOS Kugellagerstadt« ausgerufen. Für den 18. April war ein großer Aktionstag mit Tausenden Beschäftigten geplant (nach Redaktionsschluss) – mit konkreten Forderungen an Unternehmen, aber auch an die Politik. »Statt Schuldenbremse und Sparpaketen brauchen wir einen Staat, der Industrie- und Beschäftigungspolitik sowie Klimaschutz zusammendenkt«, betont Höhn. »Jetzt sind ambitionierte öffentliche Investitionen notwendig – in die Infrastruktur, in erneuerbare Energien, in Zukunftsfelder wie Wasserstoff.« Gutmann, Betriebsratsvorsitzender bei Bosch Bamberg, ergänzt: »Aktuell ist Deutschland mit seiner Energiepolitik und Bürokratie nicht mehr wettbewerbsfähig.« 

Mobilitätswende muss sozialverträglich sein

Das Bündnis »Sozialverträgliche Mobilitätswende« aus Gewerkschaften und Verbänden, dem auch die IG Metall Bayern angehört, fordert die bayerische Staatsregierung zu unmittelbarem Handeln auf. Das Ziel: Emissionen senken, Teilhabe für alle erhöhen. »Sozialverträglich ist die Mobilitätswende nur, wenn die bestehenden Arbeitsplätze in Bayern in den Mobilitätsbranchen erhalten bleiben beziehungsweise neue entstehen«, sagt Horst Ott, Bezirksleiter der IG Metall Bayern. »Deshalb liegt es im Verantwortungsbereich der Unternehmen, Zukunftsprodukte in Bayern anzusiedeln statt in Billiglohnländern – insbesondere in der E-Mobilität und beim Thema Wasserstoff. In der Verantwortung der Staatsregierung liegt es, Geld in die Hand zu nehmen, um diese Zukunftsinvestitionen zu fördern.«



Bei Bosch Blaichach machten 2500 Beschäftigte ihrem Ärger über Stellenstreichungen Luft.



1200 Beschäftigte von Bosch und weiteren Betrieben protestierten in Ansbach.



Solidaritätsaktion von 450 Bosch-Beschäftigten in Nürnberg, ein Stellenabbau droht dort aktuell nicht.

Impressum

Redaktion: Angelika Kahl
Verantwortlich: Horst Ott
Anschrift: IG Metall-Betriebsleitung Bayern,
Werinherstr. 79/Gebäude 32a, 81541 München
Telefon: 089 53 29 49-0
bayern@igmetall.de; bayern.igmetall.de